

Rollenkarten aus dem Modul „Demokratie“

Rollenkarten aus dem Modul „Demokratie“, in: Beutler, Zita/

Lange, Dirk (Hg.):

Schlüsselkompetenzen für aktive BürgerInnenschaft.

Handbuch für die Sekundarstufe, 2012, S. 8-15



Rollen bei der Konferenz

Vier verschiedene Positionen repräsentieren die unterschiedlichen Argumentationslinien dieses Falles. Die KonferenzteilnehmerInnen werden dazu eingeladen, Möglichkeiten für eine gemeinsame europäische Strategie in Bezug auf die Erhaltung der Religionsfreiheit angesichts möglicherweise konträrer nationaler Interessen zu diskutieren und wie man sicherstellen kann, dass ein demokratisches Referendum nicht die grundsätzlichen demokratischen Rechte unterminiert.

a) Eine VertreterIn der Schweizer Regierung die/der die <i>direkte Demokratie</i> befürwortet Da das Referendum eine Methode der direkten Demokratie ist, müssen die Ergebnisse respektiert werden, ohne Rücksicht darauf wie die Ergebnisse aussehen.	b) Eine Schweizer BürgerIn die/der glaubt, dass die EinwohnerInnen eines Landes in jeden Schritt der demokratischen Entscheidungsfindung involviert sein sollen. Die BürgerInnen sollen das Recht haben, „Nein“ zu ungewöhnlichen Projekten in ihrem Land zu sagen, auch wenn das heißt, dass demokratische Rechte und Menschenrechte beschnitten werden.	c) Eine VertreterIn der kulturellen Gemeinde die/der die eigene Religion in dem Land, in dem sie/er wohnt, ausüben und sichtbar machen will. Da Religionsfreiheit ein fundamentales Menschenrecht ist, soll sie nicht Thema eines Referendums oder irgendeiner anderen demokratischen Wahl sein.	d) Eine VertreterIn der Europäischen Union die/der die Religionsfreiheit in Europa schützen will. Er/Sie ist beunruhigt wegen der anti-religiösen Tendenzen in der EU und favorisiert einen interreligiösen Dialog. Er/Sie glaubt, dass die Religionsfreiheit geschützt werden muss.
UnterstützerInnen des Verbots Das Hauptargument dieser beiden Positionen ist, dass es den BürgerInnen eines Landes erlaubt sein sollte, unerwünschte und ungewöhnliche Projekte wie die Errichtung von Gebäuden religiöser Minderheiten zu verhindern. Sie glauben, dass ein demokratisches Referendum, bei dem die <i>Mehrheit</i> über die demokratische Vorgehensweise entscheidet, die besten Ergebnisse für eine Gesellschaft in Hinblick auf eine volle und direkte Demokratie liefert.		GegnerInnen des Verbots Das Hauptargument dieser beiden Positionen ist, dass so ein Verbot den Frieden zwischen den Religionen gefährdet und garantierte internationale Menschenrechte verletzt. Zudem konstatieren sie, dass eine Entscheidung der <i>Mehrheit</i> nicht immer zu mehr Demokratie führt. Freiheit und Gleichheit müssen im Vordergrund stehen.	